ABSCHNITT B: THEORETISCHE GRUNDLAGEN

1. Die Politik der Festivalisierung (C. Kolloge)

1.1 Der Begriff der Festivalisierung

Die Grundlage des Referats bildet der Artikel „Die Politik der Festivalisierung und die Festivalisierung der Politik“, den Walter Siebel und Hartmut Häußermann 1993 in der soziologischen Zeitschrift „Leviathan“ veröffentlicht haben. In diesem Artikel formulieren sie als Kernthese, dass bei der heutigen Planung von Großereignissen in Städten immer stärker stadtpolitische Ziele in den Vordergrund treten.

Der Begriff der Politik der Festivalisierung meint eine Politik der großen Ereignisse. Festivalisierung meint die räumliche, zeitliche und finanzielle Konzentration von Ressourcen auf ein großes Ereignis. Unter das Schlagwort ‚Festivalisierung’ fallen Phänomene, deren Charakter denen eines Projekts, eines Events oder einer Marke gleich kommt. Von diesen drei Eigenschaften treten dabei in der Regel zumindest zwei in Kombination auf. Beispiele für Großprojekte, die der Festivalisierung zugeordnet werden, sind Landesgartenschauen, Weltausstellungen (wie die Expo 2000), Olympische Spiele sowie die Internationale Funkausstellung (IFA) und die Internationale Bauausstellung (IBA).

Dass Städte Großveranstaltungen planen, ist nicht neu. 1851 fand beispielsweise in London die erste Weltausstellung statt. Neu ist, dass bei der heutigen Planung von Großereignissen mehr und mehr stadtpolitische Ziele in den Vordergrund treten. Politiker und Stadtplaner betrachten zunehmend Großereignisse als Motor, um den Umbau der Stadt, den Ausbau der Infrastruktur und die regionale Wirtschaft anzutreiben. Dies belegt die Häufung von Großereignissen, die in den letzten Jahren zu erkennen ist. Gerade Landesgartenschauen dienen häufig stadtpolitischen Zielen. Sie werden vor allem in sozial benachteiligten Städten oder Städten mit schlechtem Image umgesetzt, da sie strukturfördernd wirken.

Für die Planung von Großereignissen werden Sonderorganisationen geschaffen. Dazu werden die engagiertesten und kreativsten Mitarbeiter der Stadtverwaltung zusammen-gefasst. Sonderorganisationen dienen dazu, privatwirtschaftliche Management-Methoden und Erfolgsorientierung in der politischen Führungsebene zu verankern. Sie stehen in der Regel jenseits demokratischer Kontrollen.